

EU-Informationen der HSS- Verbindungsstelle Brüssel

Juli 2009

Dr. Ekkehard Rohrer / Sonja Bergmann

Wegen der Sommerpause erscheint der nächste Newsletter am 6. September. Allen Leserinnen und Lesern eine schöne Urlaubszeit!

Ausgewählte Vorgänge auf europäischer und internationaler Ebene vom 20. bis zum 26. Juli 2009

I. Institutionelle Angelegenheiten

1. Europäisches Parlament benennt Ausschussvorsitzende

Am 22.07. sind in den acht ausstehenden Ausschüssen und den beiden Unterausschüssen die Vorsitzenden und Stellvertreter gewählt worden. Vorsitzende des Entwicklungsausschusses ist Eva Joly (Grüne/FR), Vorsitzender des Haushaltskontrollausschusses Luigi de Magistris (Liberales/IT), des Verkehrsausschusses Brian Simpson (S&D, früher SPE/UK), mit **Dieter-Lebrecht Koch (EVP/DE)** als Stellvertreter, Vorsitzende des Regionalausschusses ist Danuta Hübner (EVP/PL), Vorsitzender des Agrarausschusses Paulo di Castro (S&D/IT), Vorsitzende des Fischereiausschusses ist Carmen Fraga Estévez (EVP/ES), Vorsitzende des Kulturausschusses ist **Doris Pack (EVP/DE)**, mit **Helga Trüpel (Grüne/DE)** und **Lothar Bisky (Die Linke/DE)** als Stellvertretern, Vorsitzender des Verfassungsausschusses ist Carlo Casini (EVP/IT), Vorsitzende des Unterausschusses für Menschenrechte ist Heidi Hautala (Grüne/FI) und Vorsitzender des Unterausschusses für Sicherheit und Verteidigung Arnaud Danjean (EVP/FR).

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/008-58350-196-07-29-901-20090715IPR58349-15-07-2009-2009-false/default_de.htm

2. Verband der europäischen Chemie aus Lobbyistenregister entfernt

CEFIC, die Vertretung der europäischen Chemieindustrie, ist am 20.07. für acht Wochen aus dem Lobbyregister der Europäischen Kommission ausgeschlossen worden, nachdem die Nichtregierungsorganisation Friends of the Earth darauf hingewiesen hatte, dass die Angabe von weniger als 50.000 EUR Ausgaben für die Lobbyistentätigkeit der vergangenen 12 Monate nicht realistisch war. CEFIC steht für 29.000 Firmen, beschäftigt mehr als 170 Mitarbeiter und hat einen jährlichen Etat von 37.9 Mio. EUR. CEFIC kann weiterhin Lobbyismus betreiben, wird aber nicht mehr automatisch zu Konsultationen angehört.

http://www.theparliament.com/no_cache/latestnews/news-article/newsarticle/chemicals-group-made-a-joke-of-eu-lobby-register/

<http://www.euractiv.com/de/pa/chemikalienvertretung-eu-lobbyregister-verbannt/article-184303>

II. Internationales und Entwicklungspolitik

a) Internationales

1. Island hat Beitrittsge such eingereicht

Am 23.07. überreichte der isländische Außenminister Össur Skarphéðinsson den Antrag dem schwedischen Außenminister Carl Bildt als Ratsvorsitzendem. Die EU-Außenminister werden sich am 27.07. mit dem Antrag befassen. Island rechnet mit etwa einjährigen Verhandlungen.

<http://www.se2009.eu/en/2.543/2.578/2.610/2.632/1.10079>

<http://www.euractiv.com/de/erweiterung/island-bereit-eu-verhandlungen-2011-abzuschließen/article-184250>

2. Ohne Verfassungsreform kein EU-Beitritt von Bosnien und Herzegowina

In einer Rede am 24.07. in Sarajevo verdeutlichte Erweiterungskommissar Rehn, dass Grundvoraussetzung für ein Beitrittsverfahren die Fähigkeit eines Landes ist, mit einer Stimme zu sprechen und die Umsetzung des gemeinschaftlichen Besitzstandes im gesamten Land zu garantieren. Bosnien fehlten noch entsprechende Institutionen auf gesamtsstaatlicher Ebene. Solange das Amt des Hohen Beauftragten (OHR) nach dem Daytoner Friedensabkommen erforderlich sei, könne es auch keinen Beitrittsantrag geben, denn kein Quasi-Protektorat könne EU-Mitglied werden. Nach Schließung des Büros des OHR werde die EU aber in Bosnien die größte EU-Vertretung weltweit unterhalten. Auch die Militärmission EUFOR und die Polizeimission EUPM würden bleiben, denn die EU würde keine Beeinträchtigung der Souveränität und territorialen Integrität von Bosnien dulden.

Bosnien habe auch noch nicht die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen nach dem Assoziierungsabkommen mit der EU erfüllt, denn die Europäische Menschenrechtskonvention und die Standards des Europarats seien noch nicht umgesetzt. Wenn dies nicht geschehe, müsse das Abkommen am Tag seines Inkrafttretens bereits suspendiert werden.

Die EU helfe dem Land aber in der Wirtschaftskrise: Neben den bis 2011 eingeplanten 440 Mio. EUR würden fast 40 Mio. EUR für Wirtschaftsförderungsmaßnahmen wie den Bau eines Wasserkraftwerks und die Förderung von KMUs zur Verfügung gestellt.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/09/349&type=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

3. EU fördert wichtige Infrastrukturvorhaben in Nachbarstaaten

2009 leistet die Kommission einen Beitrag in Höhe von 70 Mio. EUR zur Nachbarschaftsinvestitionsfazilität (NIF), einem wichtigen Finanzierungsinstrument der verstärkten Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP). Von den 700 Mio. EUR, die die Kommission über den Zeitraum 2007-2013 für die NIF zugesagt hat, wurden inzwischen 170 Mio. EUR bereits zur Finanzierung förderfähiger Projekte zur Verfügung gestellt (2007: 50 Mio. EUR, 2008: 50 Mio. EUR und weitere 70 Mio. EUR in diesem Jahr).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1164&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/europeaid/where/neighbourhood/regional-cooperation/irc/documents/nif_operational_annual_report_2008_en.pdf

http://ec.europa.eu/europeaid/where/neighbourhood/regional-cooperation/irc/investment_en.htm

http://ec.europa.eu/world/enp/index_en.htm

b) Außenhandel

EU27 verzeichnet Leistungsbilanzdefizit von 58,2 Mrd. EUR im ersten Quartal

Nach den jüngsten Revisionen verzeichnete die EU27 im ersten Quartal 2009 ein Leistungsbilanzdefizit von 58,2 Mrd. Euro, gegenüber einem Defizit von 46,2 Mrd. im ersten Quartal 2008 und einem Defizit von 68,3 Mrd. im vierten Quartal 2008. Im ersten Quartal 2009 nahm der Überschuss bei der Dienstleistungsbilanz im Vergleich mit dem ersten Quartal 2008 ab (+12,0 Mrd. Euro gegenüber +18,5 Mrd.), während der Überschuss bei der Einkommensbilanz zu einem Defizit wurde (-9,6 Mrd. gegenüber +4,0 Mrd.) und das Defizit bei den laufenden Übertragungen anstieg (-17,5 Mrd. gegenüber -15,5 Mrd.). Auf der anderen Seite fiel das Defizit beim Saldo des Warenhandels (-43,1 Mrd. gegenüber -53,2 Mrd.).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/09/108&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

c) Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe

EU bekräftigt Unterstützung für Präsidenten von Honduras

In einer Erklärung des Vorsitzes bekräftigt die EU ihre Unterstützung für den Präsidenten von Costa Rica, Oscar Arias, zur Erleichterung einer friedlichen Verhandlungslösung für die politische Krise in Honduras. Bis zu einer solchen Lösung werde die EU ihre Kontakte auf politischer Ebene mit Vertretern der De-facto-Regierung beschränken und die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit der Mitgliedstaaten, mit Ausnahme der humanitären Hilfe und Katastrophenhilfe, suspendieren.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=PESC/09/84&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

III. Arbeit, Gesundheit, Soziales, Chancengleichheit

a) Arbeit

Arbeitsmärkte in der EU weiterhin schwach

Nach dem Vierteljahresbericht der EU-Kommission stieg die Arbeitslosigkeit in der EU im Mai 2009 auf 8.9% gegenüber 8.0% im Mai 2008. In Deutschland stieg die Arbeitslosigkeit im Mai auf 7.7% gegenüber 7.4% im Mai 2008 und in Österreich auf 4.3% gegenüber 3.6%. Im zweiten Quartal 2009 habe sich der negative Trend fortgesetzt, jedoch in abgeschwächter Form. In den USA sei die Arbeitslosigkeit im Mai auf 9.4% angestiegen und in Japan auf 5.2%. Die Nachfrage nach neuen Arbeitskräften gehe in allen EU-Mitgliedstaaten zurück. Die Zunahme der Arbeitskosten sei überall gefallen, mit Ausnahme von Deutschland, wo sie weit über dem EU-Durchschnitt liege. Die Erwartungen der Verbraucher hinsichtlich der Beschäftigung seien weniger pessimistisch. Unter den großen Mitgliedstaaten sei die Furcht vor Arbeitslosigkeit in Deutschland am größten.

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=en&catId=89&newsId=562&furtherNews=yes>

b) Gesundheit

1. Maßnahmen gegen Alzheimer und andere neurodegenerative Erkrankungen

Die Europäische Kommission hat am 22.07. konkrete Vorschläge zur Bekämpfung von Alzheimer, Demenz und anderen neurodegenerativen Erkrankungen verabschiedet. Diese gemeinsamen Herausforderungen für die Gesundheits- und Sozialsysteme in Europa erforderten koordinierte Maßnahmen, um effiziente Vorsorge-, Diagnose-, Behandlungs- und Pflegeangebote für die Betroffenen gewährleisten zu können. Ferner werden die europäischen Länder aufgefordert, ihre Ressourcen zu bündeln und ihre Forschungsanstrengungen auf dem Gebiet neurodegenerativer Erkrankungen – insbesondere bei Alzheimer – besser zu koordinieren und zu diesem Zwecke ihre Forschungsinvestitionen zum ersten Mal gemeinsam zu planen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1171&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/health/ph_information/dissemination/diseases/alzheimer_de.htm

2. Finanzierung im Bereich öffentliche Gesundheit sollte überdacht werden

In einem Sonderbericht über das Programm der EU im Bereich der öffentlichen Gesundheit (2003-2007) kommt der Europäische Rechnungshof zu dem Ergebnis, dass es schwierig ist, mit Programmen dieser Art eine nachweisbare Wirkung auf die Gesundheit der Bürger zu erzielen. Falls ein europäischer Mehrwert geschaffen wird, so bestehe dieser in erster Linie darin, dass die zwischengeschalteten Gruppen die Möglichkeit erhalten, sich zu vernetzen und bewährte Verfahren auszutauschen. Zudem verweist der Hof darauf, dass es andere Kooperationsmechanismen wie die "offene Koordinierungsmethode" gibt, die ebenfalls für die Zwecke der Vernetzung und des Informationsaustauschs genutzt werden können. Es wurden Finanzhilfen für etwa 352 Projekte vergeben, mit einem Gemeinschaftsbeitrag von rund 232 Mio. EUR.

<http://eca.europa.eu/portal/pls/portal/docs/1/2780299.PDF> (PM)
<http://eca.europa.eu/portal/pls/portal/docs/1/2770352.PDF> (Kurzinformation)
<http://eca.europa.eu/portal/pls/portal/docs/1/2782310.PDF> (Sonderbericht)

IV. Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

a) Ernährung

Verstärkte Kontrollen bei Einfuhr bestimmter Futtermittel und Lebensmittel

Die Kommission verabschiedete am 24.07. eine entsprechende Verordnung wonach ab 25.01.10 die in einer Liste zur Verordnung aufgeführten Lebens- und Futtermittel nur bei bestimmten Eingangsstellen eingeführt werden dürfen und dort verschärften Kontrollen einschließlich Laboranalysen zu unterziehen sind. Hierzu gehören wegen Aflatoxinbelastung Basmatireis aus Indien und Pakistan und wegen Pestizidrückständen Birnen und Gemüse (Paprika, Zucchini und Tomaten) aus der Türkei sowie bestimmte Gemüsesorten aus Thailand und der Dominikanischen Republik. Palmöl aus allen Drittländern muss auf Sudan-Farbstoffe untersucht werden und Erdnüsse aus Argentinien, Brasilien, Ghana, Indien und Vietnam auf Aflatoxine. der Laboranalyse zu erfassen

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2009:194:0011:0021:DE:PDF>

b) Landwirtschaft

1. Kommission lehnt Milchquotensenkung und Schlachtprämie für Kühe ab

In ihrer Mitteilung zur Lage auf dem Milchmarkt legt die Kommission dar, dass sie weiter auf Instrumente wie Interventionsankäufe, Beihilfen für die private Lagerhaltung sowie Ausfuhrerstattungen, zurückgreifen wird. Ferner hätten die Mitgliedstaaten die Möglichkeit, Beihilfemittel auf prioritäre Gruppen im Milchsektor umzuverteilen. Die Kommission prüft daneben weiterhin, ob etwaige wettbewerbswidrige Praktiken in der Lebensmittelversorgungskette und insbesondere im Milchsektor vorliegen. Im Einklang mit den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom Juni werde die Kommission allerdings nicht die bereits getroffenen Beschlüsse zur Milchquotenregelung antasten. Eine Schlachtprämie (wie von deutschen Bauern gefordert) hätte negative Auswirkungen auf den Rindfleischpreis und wäre nicht finanzierbar.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1172&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/agriculture/markets/milk/report2009/index_en.htm

2. Weitere Maßnahmen zur Stabilisierung des Milchmarktes

Der Verwaltungsausschuss billigte am 23.07. die Verlängerung der Interventionsperiode für Butter und Milchpulver bis Ende November 2009, um Rat und EP die Möglichkeit zu verschaffen, den Vorschlag der Kommission für eine Verlängerung bis 01.03.10 zu prüfen, ohne dass eine Unterbrechung des Ankaufes eintritt. Eine weitere Maßnahme betrifft die Abschaffung des Mindestpreises (230 €/100kg) zu dem Käse für eine Exportbeihilfe in Frage kommt. Die Kommission wird beide Vorschläge in den nächsten Tagen förmlich verabschieden.

3. Förderung des Absatzes landwirtschaftlicher Erzeugnisse

Die Europäische Kommission hat 16 Programme aus 12 Mitgliedstaaten (Belgien, Finnland, Frankreich, Griechenland, Italien, Lettland, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal, Spanien und Vereinigtes Königreich) genehmigt, mit denen in der EU über landwirtschaftliche Erzeugnisse informiert werden soll. Die Programme, die eine Laufzeit von ein bis drei Jahren haben, sind mit insgesamt 62,1 Mio. EUR ausgestattet, an denen sich die EU mit 27,8 Mio. EUR beteiligt. Die ausgewählten Programme betreffen ökologische Erzeugnisse, Milcherzeugnisse, Fleisch, Wein, Obst und Gemüse, Olivenöl, Honig und Blumen. Österreich erhält für dreijährige Programme im Bereich Zierpflanzen einen Zuschuss von 630.000 EUR und im Bereich Obst und Gemüse 1.560.000 EUR.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1186&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

4. Weniger Tierversuche dank neuer Testverfahren

Die EU-Kommission verabschiedete am 23.07. die erste Änderung der Verordnung über Testverfahren nach REACH. Hierzu gehört ein neuer In-Vitro-Test zur Verringerung der Tierversuche bei der Prüfung von Chemikalien auf Hautreizungen. Hierfür wurden bisher bis zu drei Kaninchen pro Test eingesetzt.

V. Binnenmarkt und Wettbewerbsrecht

a) Binnenmarkt

Italien diskriminiert ausländische Dividendenzahlungen

In ihren Schlussanträgen vor dem Europäischen Gerichtshof kommt Generalanwältin Juliane Kokott zu dem Ergebnis dass die Italienische Republik dadurch gegen ihre Verpflichtungen aus Art. 56 Abs. 1 EG verstoßen hat, dass sie eine steuerliche Regelung beibehalten hat, die für Dividenden, die an Gesellschaften mit Sitz in einem anderen Mitgliedstaat ausgeschüttet werden, belastender ist als für Dividenden, die inländischen Gesellschaften zufließen.

<http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=DE&Submit=Submit&numaff=C-540/07>

b) Wettbewerbsrecht

1. Buße für Hersteller von Kalziumkarbid und Reagenzien auf Magnesiumbasis

Die Kommission hat eine Geldbuße von insgesamt 61 120 000 EUR gegen die bayerische Almamet, die österreichische Donau Chemie, die deutsch-österreichische Ecka Granulate, die slowenische HSE, die slowakische Novácke chemické závody and 1.garantovaná, die deutsche Evonik Degussa sowie die deutsche SKW Stahl-Metallurgie und ARQUES Industries verhängt, weil sie gegen das Kartellverbot in Artikel 81 EG verstoßen haben. Akzo Nobel (Niederlande/Schweden) war ebenfalls beteiligt, wurde jedoch nach der Kronzeugenregelung nicht mit einer Geldbuße belegt.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1169&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://ec.europa.eu/competition/antitrust/actionsdamages/documents.html>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/09/344&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

2. Kommission gibt Übernahme von Chrysler durch Fiat frei

Die Europäische Kommission hat die Übernahme des Automobilherstellers Chrysler Group LLC (USA) durch Fiat S.p.A. (Italien) genehmigt. Chrysler produziert und vertreibt Pkw und Lastkraftwagen unter den Marken Chrysler, Jeep und Dodge. Das Unternehmen ist vorwiegend in Nordamerika tätig, wo es über 90 % seines Umsatzes erzielt. Es hat keine eigenen Produktionsstandorte im EWR.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1189&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/competition/mergers/cases/index/m110.html#m_5518

VI. Wirtschaft und Finanzen

a) Wirtschaft

1. Leichtere Kreditvergabe durch neue Kleinbeihilfenregelung in Deutschland

Die EU-Kommission genehmigte eine Änderung der im Dezember 2008 genehmigten deutschen Regelung über Kleinbeihilfen von bis zu 500 000 EUR je Unternehmen in den Jahren 2009 und 2010, durch die subventionierte Kredite, Kreditbürgschaften mit günstigeren Prämien und höhere Risikokapitalbeihilfen für KMU einbezogen werden.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1163&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

2. Klage wegen VW-Gesetz nicht vom Tisch

Nach Presseberichten kündigte Kommissar McCreevy für September eine neue Beratung der Kommission über das Verfahren wegen der Nichtbeachtung des Urteils des Europäischen Gerichtshofs zum VW-Gesetz an. Streitpunkt ist die im neuen Gesetz beibehaltene Sperrminorität für das Land Niedersachsen. Im Falle einer erneuten Klage droht der Bundesrepublik ein Zwangsgeld. Nach massiver Intervention der Bundesrepublik hat die Kommission bisher von einer Klage abgesehen. Diplomaten rechnen erst unter der neuen Kommission mit einer Entscheidung.

3. Auftragseingänge in der Industrie der Eurozone im Mai um 0,2% gefallen

In der Eurozone (EZ16) ist der Index der Auftragseingänge in der Industrie im Mai 2009 gegenüber dem Vormonat um 0,2% gefallen. Im April fiel der Index um 0,7%. In der EU27 stiegen die Auftragseingänge im Mai 2009 um 0,9%, nachdem sie im April um 1,7% abgenommen hatten. Im Vergleich zum Mai 2008 nahm der Index der Auftragseingänge in der Industrie im Mai 2009 in der Eurozone um 30,1% und in der EU27 um 28,0% ab.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/09/107&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

b) Energie

Kommission erlässt vier Ökodesign-Verordnungen

Die EU-Kommission hat am 22.07. vier Ökodesign-Verordnungen zur Erhöhung der Energieeffizienz von Industriemotoren, Umwälzpumpen, Fernseh- sowie Kühl- und Gefriergeräten erlassen. Die Verordnungen enthalten Anforderungen an die Energieeffizienz, die bis 2020 Einsparungen von rund 190 TWh pro Jahr ermöglichen sollen, so viel wie der jährliche Stromverbrauch von Schweden und Österreich zusammengekommen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1179&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

b) Finanzen

1. Notleidende Banken müssen saniert oder abgewickelt werden

In ihrer bis Ende 2010 geltenden Mitteilung vom 23.07. nimmt die EU-Kommission eine abschließende Anpassung des Regelwerks für Bankbeihilfen in der Finanzkrise vor. Spätestens nach Ablauf der für sechs Monate gewährten Rettungsbeihilfen muss ein Umstrukturierungsplan als Grundlage für weitere staatliche Hilfen erstellt werden, den die Kommission zu genehmigen hat. Hierzu müssen die subventionierten Banken alle Risiken offen legen („Stresstest“). Bei langfristig nicht überlebensfähigen Häusern wird die Kommission ihre Schließung erzwingen. Nach dem Vorbild der Auflagen für die Commerzbank und die WestLB kann die Aufgabe ganzer Geschäftsbereiche vorgeschrieben werden. Die Umstrukturierung darf aber nicht wie sonst üblich zwei bis drei, sondern bis zu fünf Jahre dauern. Die Eigner müssen auch nicht wie sonst üblich zwingend die Hälfte der Restrukturierungskosten tragen. Außerdem können auch während der

Sanierung zusätzliche Staatsbeihilfen gewährt werden. Dividenden auf nachrangiges Kapital dürfen aber erst bei Erreichen der Gewinnzone gezahlt werden.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1180&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>
http://ec.europa.eu/competition/state_aid/legislation/specific_rules.html

2. Kommission schlägt mehr Flexibilität bei Strukturfonds vor

In ihrem Vorschlag für eine Verordnung zu allgemeinen Bestimmungen zum Europäischen Regionalfonds (ERF), zum Europäischen Sozialfonds (ESF) und zum Kohäsionsfonds dringt die Kommission erneut darauf, in den Jahren 2009 und 2010 bei Vorhaben im Rahmen des ESF auf eine Kofinanzierung der Mitgliedstaaten zu verzichten. Anzumerken ist, dass dieses Vorhaben bei Nettozahlern wie Deutschland auf Widerstand stößt und vom Europäischen Rat im Juni nicht aufgegriffen worden ist. Umweltprojekte sollten wie andere Vorhaben erst ab 50 Mio. EUR und nicht wie bisher ab 25 Mio. EUR den Bedingungen für Großprojekte unterworfen werden. Über den ERF soll in Zukunft auch der Wohnungsbau im ländlichen Raum für benachteiligte Gruppen wie Roma gefördert werden können.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1175&type=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>
http://ec.europa.eu/regional_policy/funds/recovery/

3. Fortschritte bei Clearing für außerhalb der Börse gehandelte Derivate

Der EZB-Rat begrüßte am 16.07. die Fortschritte, die bei der Stärkung der Infrastruktur für außerbörslich gehandelte Derivate erzielt wurden. Angesichts der systemischen Bedeutung von Wertpapierclearing- und -abwicklungssystemen betonte er, wie wichtig es sei, dass mindestens eine Stelle für das Clearing durch zentrale Kontrahenten für außerbörslich gehandelte Kreditderivate im Eurogebiet ansässig ist. In diesem Zusammenhang wird die Nutzung von Infrastrukturen des Euroraums für das Clearing von Credit-Default-Swaps in Euro eine besondere Priorität haben und vom Eurosystem in den nächsten Monaten genau beobachtet werden.

<http://www.ecb.int/press/govcdec/otherdec/2009/html/gc090717.de.html>

VII. Justiz und Inneres

a) Justiz

Mangelnde Fortschritte Bulgariens und Rumäniens bei Justiz und Innerem

In ihren Fortschrittsberichten zur Rechtsstaatlichkeit in Bulgarien und Rumänien kommt die EU-Kommission zu dem Ergebnis, dass bei der Justizreform und der Bekämpfung von Korruption und im Falle Bulgariens auch des organisierten Verbrechens weitere Anstrengungen erforderlich sind. 2008 habe Rumänien weit reichende Vorschläge zur Reform des Straf- und Zivilrechts und der Verfahrenspraxis der Gerichte vorgelegt, aber eine rasche und wirkungsvolle Aburteilung von Korruption auf höheren Ebenen durch eine unabhängige Justiz scheitere bisher noch an der mangelnden politischen Unterstützung. Bulgarien habe mit der Umorganisation der Strafverfolgung begonnen und könne deshalb eine größere Zahl von Anklagen und Verurteilungen vorweisen. Die Reformen benötigten aber weitere politische Unterstützung.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1166&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>
<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/07/260&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>
http://ec.europa.eu/dgs/secretariat_general/cvm/index_de.htm (Berichte)

b) Inneres

1. EU billigt Austausch von Bankdaten mit USA

Vor dem Justiz- und Innenausschuss des Europäischen Parlaments am 22.07. bestätigte Kommissionsvizepräsident Barrot, dass die USA über ein Interimsabkommen Zugriff auf die Daten des internationalen Finanzdienstleisters SWIFT erhalten sollten. Diese Zusammenarbeit sei unerlässlich zur Bekämpfung des Terrorismus. Außerdem gebe es in den USA unter dem neuen Präsidenten ein anderes Klima, so dass nicht mit einem Missbrauch zu rechnen sei. Nach Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon werde die Kommission um ein Mandat zur Aushandlung eines Abkommens ersuchen. Von den Abgeordneten und vom europäischen Datenschutzbeauftragten Peter Hustinx kam Kritik an den „Ausnahmen vom europäischen Datenschutz“. Die EU-Außenminister werden dem Vorschlag voraussichtlich am 27.07. zustimmen.

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/019-58612-201-07-30-902-20090720IPR58611-20-07-2009-2009-false/default_de.htm

2. Bosnien-Herzegowina muss für Visumsfreiheit nachbessern

In einer Rede am 24.07. vor dem nationalen Parlament in Sarajevo machte Kommissar Rehn klar, dass der Schutz der Außengrenzen im Schengenraum die Erfüllung von Sicherheitsstandards erfordere. Hierzu gehörten vor allem biometrische Pässe, aber auch Maßnahmen zu deren Schutz vor Betrug und Korruption. Generell müsse die Bekämpfung von organisierter Kriminalität und Korruption verstärkt, die Kontrolle der Grenzen verbessert und die Polizeireform voran gebracht werden. Die EU habe in der vergangenen Woche eine detaillierte Liste mit fast 50 Maßnahmen zur Lösung der Sicherheitsprobleme übersandt. Sie erwarte eine Antwort bis 01. Oktober.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/09/349&type=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

VIII. Umwelt und Verkehr

a) Umwelt

1. Abfallmengen können zur Kostenberechnung geschätzt werden

In einem Verfahren von italienischen Hotelbesitzern entschied der Europäische Gerichtshof, dass bei der Beseitigung von Siedlungsabfällen eine Abgabe auf der Grundlage der geschätzten Menge und nicht auf der Grundlage der zur Sammlung gegebenen Abfälle berechnet werden kann. Wie von Generalanwältin Juliane Kokott vorgeschlagen stellte er klar, dass es Sache des vorlegenden Gerichts ist, anhand der ihm unterbreiteten tatsächlichen und rechtlichen Gesichtspunkte zu prüfen, ob die im Ausgangsverfahren in Rede stehende Abgabe für die Beseitigung fester interner Siedlungsabfälle dazu führt, dass bestimmten „Besitzern“, hier den Hotelbetrieben, gemessen an der Menge oder der Art der von ihnen voraussichtlich erzeugten Abfälle offensichtlich unverhältnismäßig hohe Kosten auferlegt werden.

<http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=de>

b) Verkehr

1. Einheitliches Eisenbahnkontrollsystem ERMTS umgesetzt

Die EU-Kommission verabschiedete am 22.07. den Plan für die Förderung des europäischen Schienenmanagementsystems ERMTS (European Rail Traffic Management System) mit 500 Mio. EUR. Hierdurch sollen die europäischen Bahnen mit einem einheitlichen System für die Anpassung der Geschwindigkeit der Züge an computergesteuerte Informationen von der Strecke angepasst werden. Bis 2015 sollen 10.000 km mit ERMTS ausgestattet werden. Zu den vorrangigen Linien gehören die Strecke von Brüssel über Berlin nach Warschau, die Rheintalstrecke (mit Fortführung über die Schweiz), die Verbindung von Stockholm zum Brenner (mit Fortführung bis Südtalien) und eine Linie von Hannover über Prag nach Wien (mit Fortführung in die österreichischen Nachbarländer).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1167&type=HTML&aged=0&language=FR&guiLanguage=en>

2. EU-Fahrgastrechteverordnung im Eisenbahnverkehr in Kraft

Nachdem Bundestag und Bundesrat dem Gesetzesentwurf am 15.05. zugestimmt haben, gilt die neue EU-Fahrgastrechte-Verordnung (EG/1371/2007) in Deutschland bereits ab 29. Juli. Sie wird am 03. 12. automatisch in allen 27 EU-Mitgliedsstaaten für Eisenbahnfahrten und -dienstleistungen in Kraft treten. Wesentlicher Inhalt sind Entschädigungsleistungen für Reisende bei Verspätung oder Ausfall von Zügen, ähnlich wie die Regelungen für Flugpassagiere.

<http://www.eu-verbraucher.de/de/dies-sind-ihre-rechte/tourismus/schiennenverkehr/>

3. Kreis Waldshut Streithelfer im Verfahren Schweiz./Kommission vor Gericht

Im Verfahren der Schweiz gegen die deutschen Anflugbeschränkungen für den Flughafen Zürich, das vor dem Gericht erster Instanz beim Europäischen Gerichtshof verhandelt wird, hat das Gericht am 07.07. den Kreis Waldshut als Streithelfer der Kommission neben der Bundesrepublik Deutschland zugelassen. Die Schweizerische Eidgenossenschaft, die kein Mitgliedstaat der Gemeinschaft ist, könne sich nicht mit Erfolg auf die Bestimmungen von Artikel 40 Absatz 2 der Satzung des Gerichtshofes berufen, der in Rechtsstreitigkeiten zwischen Mitgliedstaaten, zwischen Gemeinschaftsorganen oder zwischen Mitgliedstaaten und Gemeinschaftsorganen die Streithilfe anderer als der Mitgliedstaaten und der Gemeinschaftsorgane ausschließt.

<http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=DE&Submit=Submit&numaff=T-319/05>

IX. Medien und Informationsgesellschaft

Vermittlungsverfahren für Telekom-Paket im September

Die schwedische Ratspräsidentschaft will die Verhandlungen allerdings auf den einzigen Punkt konzentrieren, in dem das EP am 06.05. von dem im Trilog erzielten Kompromiss abgewichen ist. Dieser betrifft die Rechtsgarantien gegen einen Ausschluss vom Internet und war seinerzeit gegen ein französisches Gesetzgebungsvorhaben gemünzt, das vor dem französischen Verfassungsgericht dann in diesem Punkt korrigiert worden ist. Die Verabschiedung im Rat ist für den 17./18.12. geplant.

X: Bildung, Forschung, Kultur

1. Ausschreibung für Think-Tanks, die sich mit Europapolitik befassen

Im Rahmen des Programms „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ erbittet die EU-Kommission bis 15.10. Vorschläge von Think-Tanks, die sich mit europäischen öffentlichen Politiken beschäftigen, und von Organisationen der Zivilgesellschaft auf europäischer Ebene. Die für die Kofinanzierung von Betriebskostenzuschüssen vorgesehenen Mittel belaufen sich im Jahr 2010 insgesamt auf etwa **8,2 Mio. EUR**. Die Exekutivagentur beabsichtigt die Finanzierung von etwa **55** Organisationen im Rahmen dieser Aufforderung. Förderfähige Länder sind, neben den EU-Staaten, Kroatien, Mazedonien (FYROM) und Albanien.

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2009:158:0010:0012:DE:PDF>

2. Europäischer Forschungsrat erfolgreich

EU-Kommissar Janez Potočnik nahm am 23.07. den Bericht über die Prüfung des Europäischen Forschungsrats (ERC) von der Vorsitzenden des Prüfungsgremiums Professorin Vaira Vike-Freiberga in Empfang. Die Kommission wird bis Oktober 2009 zu den Empfehlungen des Berichts Stellung beziehen und ihre Vorschläge für die Zukunft des ERC vorlegen. Professorin Vike-Freiberga meinte: *„Der ERC ist von wachsender strategischer Bedeutung für Europa und wirkt bereits jetzt positiv und nachhaltig auf das europäische Forschungsgeschehen ein. Ob sich dieser Erfolg auch weiterhin fortsetzt und das Ziel erreicht werden kann, den ERC zu einer Einrichtung von Weltklasse zu machen, hängt allerdings davon ab, dass Anpassungen an der*

Betriebsphilosophie vorgenommen werden und dass die Zielvorstellungen, die zu seiner ursprünglichen Errichtung geführt haben, weiterhin das Handeln prägen.“

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1184&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>
http://erc.europa.eu/PDF/final_report_230709.pdf

XI: Sonstiges

Wolfgang Burtscher Stellvertretender Generaldirektor der GD Forschung

Die Kommission hat am 22.07. Herrn Dr. Wolfgang Burtscher zum Stellvertretenden Generaldirektor der Generaldirektion Forschung ernannt. Zu seinen Aufgaben gehören die Verwaltung von Personal und Haushaltsmitteln, der interne Kontrollrahmen und die Koordinierung der Innenrevision. Darüber hinaus ist er verantwortlich für die externe Auditpolitik sowie für die strategische Planung der Tätigkeiten der Generaldirektion. Der 49-jährige Österreicher ist derzeit als Direktor für Audit der Agrarausgaben in der Generaldirektion Landwirtschaft tätig. Bevor er im Jahr 2000 zur Kommission wechselte, war Wolfgang Burtscher gemeinsamer Vertreter der Bundesländer in der Ständigen Vertretung Österreichs bei der EU. Von 1992 bis 1996 war er Vorstand der Abteilung Europaangelegenheiten der Vorarlberger Landesregierung.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1170&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>